



Ennepe-Ruhr-Kreis

-Fachbereich IV-

Schwelm, 07.09.2006

Niederschrift

über die Sitzung des Schulausschusses
Nr. 2/2006, am Dienstag, den 05.09.2006 um 16.35 Uhr,
in der Kämpenschule, Kämpersfeld 21,
58456 Witten

Anwesend sind:

- | | |
|---------------------------------------|--|
| a) der Ausschussvorsitzende | Prof. Dr. Bovermann |
| b) die Ausschussmitglieder | Fandrey
Freisewinkel
Frohn
Gießwein als Vertreter
Kelm-Schmidt
Krägeloh
Kraus
Lützenbürger
Mayer
Nockemann
Sauerwald
Schlotthoff
Stracke |
| c) die beratenden Ausschussmitglieder | Dubnitzki-Schmitz
Henkel
Kunstmann
Lutzke
Morgenthal als Vertreter
Nagel als Vertreterin
Peter
Strüder |
| d) die Schulleitungen | Baumert
Ellerckmann
Kamplade
Lammers-Hohenburg
Waskönig-Kessel
Ziegler |
| e) von der Verwaltung | Carell
Erdmann (stellv. Schriftführerin) |

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.35 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die CDU beantragt die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Teil mit dem Tagesordnungspunkt "Mitteilungen" zu erweitern; dem Antrag wird stattgegeben.

A) Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. **Entwicklung der Lernmittelfreiheit in NRW und die Auswirkungen auf den Ennepe-Ruhr-Kreis – Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Kreistagsfraktion Ennepe-Ruhr - vom 08.05.2006 -Drucksache-Nr.: 48/06**

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache-Nr.: 48/06.

Die Verwaltung erläutert den Sachverhalt und teilt die Ergebnisse der Umfragen bei den kreisangehörigen Städten, den Kreisen Unna, Soest, Olpe, Siegen-Wittgenstein, Hochsauerland und der Stadt Hagen mit. Die Verwaltungen der genannten Kreise sowie der Stadt Hagen gaben an, den Eigenanteil für Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach ALG II nicht zu übernehmen.

In den kreisangehörigen Städten ist, mit Ausnahme von Schwelm, wo über Spendengelder der Eigenanteil aufgebracht werden soll und der Stadt Sprockhövel, die die Eigenanteile zu finanzieren beabsichtigt (es liegt noch kein Ratsbeschluss vor) eine Übernahme der Eigenanteile nicht vorgesehen.

Bezüglich der Umfrage an den Schulen in Kreisträgerschaft wird auf die beiliegende **ANLAGE** verwiesen. Aufgrund der Geringfügigkeit der Fälle wird kein Handlungsbedarf gesehen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz den Beziehenden und Beziehern von Sozialhilfe gem. SGB XII gleichgesetzt werden, also auch vom Eigenanteil befreit sind.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN zeigen auf, dass eine Übernahme der Eigenanteile über eine Satzung geregelt werden sollte.

In der sich anschließenden Diskussion weisen SPD und CDU ausdrücklich darauf hin, dass unter Berücksichtigung der kritischen Haushaltslage des Ennepe-Ruhr-Kreises und der Erfüllung der Kriterien des Haushaltssicherungskonzeptes eine Übernahme der Eigenanteile, die eine freiwillige Leistung darstellen, nicht vertretbar ist.

Die SPD schlägt vor, möglicherweise Sponsoren zur Finanzierung von Eigenanteilen heranzuziehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt abschließend fest, dass unter den gegebenen haushaltsmäßigen Voraussetzungen eine Übernahme der Eigenanteile der Lernmittelfreiheit für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach ALG II durch den Kreis bedauerlicherweise nicht möglich sei, aber schulinterne Unterstützungsmöglichkeiten im Bedarfsfalle greifen könnten.

3. Übergangsmanagement Schule und Beruf -Drucksache-Nr.: 47/06

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache-Nr.: 47/06.

Die Verwaltung erläutert den Sachverhalt, weist beispielhaft auf die vielen Maßnahmen und Projekte hin und beantwortet in der sich anschließenden Diskussion Fragen der Ausschussmitglieder.

Die SPD erklärt und erläutert ausdrücklich, dass dringender Handlungsbedarf bestehe und die Realisierung der Projektstelle aus den dargelegten Gründen so schnell als möglich umzusetzen sei und die entsprechende Beschlussempfehlung für den Kreis-ausschuss in der heutigen Sitzung getroffen werden müsse.

Die CDU weist darauf hin, dass weiterer Beratungsbedarf, insbesondere mit Hinblick auf die entstehenden Personal- und Sachkosten, innerhalb der Fraktion bestünde und bittet um Aufschub des Beschlusses.

Die Verwaltung erläutert die Förderungsmöglichkeiten und zeigt auf, dass bezüglich der Personalkosten von einer Kostenneutralität ausgegangen werden könne, da eine Stelle aus dem Personalbestand der Kreisverwaltung abgedeckt werden könne und die zweite Stelle gefördert werde. Sachkosten entstünden in dem üblichen Rahmen von zwei Stellen.

Die Schulleitungen der Berufskollegs unterstützen einvernehmlich das Erfordernis der Projektstelle, erläutern die Notwendigkeit u. a. mit dem Hinweis auf die dringend erforderliche Koordinierung und Vernetzung der vielfältigen Partner sowie Angebote auf Kreisebene im Interesse aller Beteiligten und äußern die Bitte um zügige Beschlussfassung sowie Umsetzung.

Sie weisen ferner darauf hin, dass einzelne Schulen dazu nicht in der Lage und damit auch überfordert seien.

Die FDP erklärt sich konform mit den Aussagen der SPD und der Schulleitungen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN kritisieren die mangelnde Benennung einzelner Maßnahmen und Projekte im Bereich Übergang Schule und Beruf.

Die Verwaltung weist auf die Fülle der einzelnen Maßnahmen und Projekte hin und erklärt, dass die Vorlage und der Beschlussvorschlag auf die Errichtung der Projektstelle gerichtet seien, nicht auf den Inhalt einzelner Maßnahmen und Projekte, die bereits in die Praxis umgesetzt sind.

Der Vorsitzende stellt fest, dass über das Erfordernis der Projektstelle und der zügigen Errichtung Einvernehmen besteht. Eine Beschlussempfehlung für den Kreis-ausschuss werde nicht erfolgen, da weiterer Beratungsbedarf erforderlich ist. Hierüber besteht Konsens im Ausschuss. Zu Finanzierungsfragen wird die Verwaltung in der Kreis-ausschusssitzung am 11.09.2006 Stellung nehmen.

B) Nicht öffentlicher Teil

1. Mitteilungen

Die CDU bittet um Auskunft über den Sachstand der noch vakanten Stelle des stellvertretenden Schulleiters/der stellvertretenden Schulleiterin am Berufskolleg Witten.

Die Verwaltung teilt mit, dass eine Besetzung der Stelle bis zum Abschluss des noch laufenden Klageverfahrens vor dem Verwaltungsgericht oder ggf. weiterer Klageverfahren nicht möglich sei und gibt Einzelheiten zum Klageverfahren bekannt. Das Urteil der ersten Klageinstanz wird nach Auskunft der Bezirksregierung Arnsberg in Kürze erwartet. Der Klageausgang ist somit noch offen, ebenso wie der Kläger auf den Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens reagieren wird.

C) Wiederaufnahme des öffentlichen Teils

4. Zielsetzungen und Schwerpunkte der schulischen Arbeit an der Kämpenschule

Herr Kamplade informiert umfassend über Zielsetzungen und Schwerpunkte der schulischen Arbeit an der Kämpenschule.

Ende der Sitzung: 18.15 Uhr

Im Anschluss an die Sitzung besichtigt der Ausschuss in Begleitung von Herrn Kamplade die neu errichtete Trainingswohnung und den Erweiterungsbau der Kämpenschule.

Erdmann
(stellv. Schriftführerin)